

Beschluss des Schleswig-Holstein-Rates am 03. Februar 2013

Extremismus- was fordern wir?

Die Junge Union Schleswig-Holstein spricht sich für eine differenzierte und sachliche Auseinandersetzung mit allen Formen des Extremismus in Schleswig-Holstein aus.

Extremismus, die aktiv kämpferische Haltung gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung, stellt ein Problem dar, nicht nur in Schleswig-Holstein. Zu oft stehen Emotionen im Mittelpunkt dieser Diskussion, anstatt sachlich Fakten zu analysieren, so dass Linksextremismus in vielen Debatten untergeht. Aber auch diese Form des Extremismus ist gegenwärtig und von großer Bedeutung. So sind beispielsweise die Straftaten Rechtsextremer in den letzten Jahren deutlich zurückgegangen, Linksradikele entwickelten hingegen ein erhöhtes Gewaltpotenzial, das zu einer steigenden Zahl linksextremmotivierter Straftaten geführt hat.

Prävention stellt einen wesentlichen Bestandteil im Kampf gegen jegliche Formen des Extremismus dar. Seit mehreren Jahren nimmt die „Landesberatungsstelle gegen Rechtsextremismus“ diese Aufgabe wahr und wurde von der Dänenampel ausgeweitet.

Die JU Schleswig-Holstein fordert daher, dass sich die Landesstelle nicht lediglich auf die Prävention gegen Rechtsextremismus konzentriert, sondern gleichermaßen auch gegen Linksextremismus agiert.

Auch die Schulen sollten Verantwortung für die Prävention übernehmen und sich auch dort differenziert und kritisch mit den Formen des Extremismus auseinandersetzen. Wir sollten dabei weiterhin verantwortungsbewusst mit unserer Geschichte umgehen, sie aber nicht zu einer Erinnerungskultur werden lassen. Inhalt dieser Auseinandersetzung sollten nicht nur Formen, Geschichte und Entwicklung des Extremismus, sondern auch zukünftige Kommunikationsmittel zur Gewinnung von Sympathisanten sein. Das Internet und soziale Netzwerke werden in diesem Rahmen eine entscheidende Rolle einnehmen und die Arbeit extremistischer Vereinigungen und Gruppierungen prägen. Die Sensibilisierung für den verantwortungsbewussten Umgang mit Medien, insbesondere mit persönlichen Daten in sozialen Netzwerken durch die Schulen ist ein unverzichtbarer Bestandteil für die Prävention gegen Extremismus. Ebenso sollten Behörden wie der Verfassungsschutz ihre Arbeit stärker auf das Internet fokussieren.

Sollten in Kommunen bereits extremistische Gruppierungen oder Parteien Fuß gefasst haben, ist es wichtig, sich mit diesen auseinanderzusetzen. In Betrachtziehen sollten wir dabei auch, die Zu-

32 ständigkeit von Sozialarbeitern auszuweiten und diese bei Bedarf als Vermittler zwischen Gruppie-
33 rungen und den Kommunen einzusetzen.

34

35 Daher fordert die Junge Union Schleswig-Holstein

- 36 • Eine differenzierte und sachliche Auseinandersetzung mit jeglichen Formen des Extremis-
37 mus
- 38 • Ausweitung der „Landesberatungsstelle Rechtsextremismus“ auf Extremismus im weiteren
39 Sinne
- 40 • Feste Etablierung des Themas Extremismus im Lehrplan
- 41 • Verantwortungsbewusster Umgang mit Medien sowohl in den Schulen, als auch in Behör-
42 den
- 43 • Bedarfsweise Ausweitung der Sozialarbeit auf Vermittlung bei Konflikten mit extremisti-
44 schen Gruppierungen
- 45 • Linksextremistische Symbole und Zeichen zu verbieten.